

## + Pro: **Konjunkturprogramme gegen den Abschwung**

von Achim Truger



↳ Dr. rer. pol. Achim Truger ist Leiter des Referates Steuer- und Finanzpolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Foto: Privat

» Die Lage ist ernst: Verstärkt durch die dramatische Zuspitzung der Finanzmarktkrise befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem starken Abschwung. Nächstes Jahr ist mit Stagnation, vielleicht sogar mit einer handfesten Rezession, zu rechnen. Wenn die Krise nicht schnell überwunden wird, droht eine lange Schwächephase ähnlich der von 2001 bis 2005. Dann würden alle Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit wieder zunichte gemacht. Und der politische Diskurs würde erneut in eine wenig sozialdemokratische marktradikale Richtung gelenkt.

Damit das nicht geschieht, bedarf es jetzt einer makroökonomischen Politik, die entschlossen gegensteuert. Von der Geldpolitik ist nicht viel zu erwarten. Die Europäische Zentralbank hat die Krise zu spät erkannt und ist nicht zu den notwendigen deutlichen Zinssenkungen bereit. Selbst wenn sie es wäre, würde es rund ein Jahr dauern, bis positive Impulse sich bemerkbar machen. Daher kommt der Finanzpolitik jetzt die entscheidende Rolle zu.

Aber haben uns die ÖkonomInnen in Deutschland nicht eingebläut, dass Konjunkturprogramme allenfalls Strohfeuer entfachen und die Staatsverschuldung erhöhen? Ja, aber damit wurden sie schon seit Jahren nicht mehr dem Erkenntnisstand der internationalen wissenschaftlichen Debatte gerecht. Eine aktive Finanzpolitik trägt richtig eingesetzt durchaus wesentlich zur Stabilisierung bei.

Tatsächlich haben Länder mit einer aktiven Finanzpolitik ihre Konjunkturkrisen erfolgreich gelindert und verkürzt. Und gerade Deutschland ist mit seiner konjunkturpolitischen Abstinenz seit

den 80er Jahren viel schlechter gefahren. Die Staatsverschuldung ist trotzdem gestiegen.

Das Mindeste, das die Finanzpolitik jetzt tun muss, ist, konjunkturbedingte Defizite hinzunehmen und ihnen nicht – wie so oft in der Vergangenheit – hinterher zu sparen. Darüber hinaus bedarf es zusätzlicher kreditfinanzierter Impulse. Um Wirkung zu zeigen, sollten sie im nächsten Jahr mindestens eine Größenordnung von 25 Mrd. Euro aufweisen, ggf. eine ähnliche Summe im Folgejahr, sofern die Krise noch anhält. Forderungen nach Steuerentlastungen sollte man skeptisch begegnen. Zumeist entlasten diese auch hohe Einkommen, die zu einem großen Anteil in die Ersparnis fließen, so dass der konjunkturelle Effekt gering ist. Wenn die Entlastungen nicht befristet sind, verschärft sich zudem mittelfristig das Problem der Unterfinanzierung des Staatshaushalts.

» Der Schwerpunkt sollte daher auf dem schnellen Aufstocken von Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung und (ökologische) Infrastruktur liegen. Zudem sollten die Gemeinden, z.B. durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage, entlastet werden, damit sie ihre Investitionen weiter aufstocken können.

Bei den jüngsten Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarktkrise hat die Politik gezeigt, dass sie in der Lage ist, alte Denkmuster zu überwinden und entschlossen zu handeln. Wenn das jetzt auch mit einem aktiven Einsatz der Finanzpolitik gelänge, würden sich die wirtschaftlichen Aussichten schnell und dauerhaft wieder aufhellen. ■

## ■ Contra: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung

von Robert Kurz ■ ■



↳ Robert Kurz ist Publizist und Journalist, Redakteur und Mitherausgeber der Theoriezeitschrift „Exit“. Buchpublikationen u.a.: Schwarzbuch Kapitalismus (1999), Das Weltkapital (2005).

Foto: Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

» Die Linke kommt durch die Krise des Kapitalismus in die Bredouille: Sie wird mit ihrer Geschichte konfrontiert. Marx hatte nichts übrig für die Lassalleanische Staatsorientierung. Seine Kritik der politischen Ökonomie wurde in der sozialistischen Bewegung verflacht. Die Verstaatlichung der unüberwundenen kapitalistischen Kategorien taugte nur für eine „nachholende Modernisierung“ an der Peripherie des Weltmarkts, die historisch gescheitert ist. Dieser Epochenbruch wurde auch von der Linken nicht als Moment einer beginnenden Krise des Weltmarkts erkannt, sondern weitgehend affirmativ verarbeitet als Anerkennung von Markt- und Preismechanismen. Es blieb eine „abgerüstete“ Staatsorientierung. So übernahm die Linke das Programm der vom neoliberalen Marktradikalismus abseverbierten keynesianischen Regulation, die den Sozialabbau konterkarieren sollte.

Jetzt wird die „keynesianisierte“ Linke von der staatskapitalistischen Wende der Eliten kalt erwischt. Aber der „pragmatische“ Verzweiflungsakt eines Rückgriffs auf keynesianische Staatsinterventionen findet nicht mehr unter komfortablen Verwertungsbedingungen statt. Verstaatlicht wird die Krise des Finanzkapitals und des Wachstums, die knallharte Bedingungen setzt. Deshalb geht die Forderung nach staatlichen Konjunkturprogrammen sozial ins Leere. Bereits die billionenschweren Rettungspakete zur Verhinderung einer Kernschmelze des Kreditsystems enthalten eine gewaltige inflationäre Potenz ohne soziale Perspektive. Diese Tendenz wird sich verstärken, wenn der konjunkturelle Absturz nach dem Ende der Finanzblasen-Ökonomie die realen Verwertungsbedin-

gungen des Weltkapitals zum Vorschein bringt und die Bilanzen der Konzerne staatlich aufgefangen werden sollen. Da ist kein Platz für große staatliche Investitionen etwa ins Bildungs- und Gesundheitswesen mit regulären neuen Arbeitsplätzen. Im Gegenteil wird sich die antisoziale Armutsverwaltung dramatisch verschärfen im Namen der Krisenbewältigung. Man darf nicht vergessen, dass der Keynesianismus nie etwas anderes war als ein Programm zur Rettung des Kapitalismus.

» Auch der gewerkschaftliche und politische Linkskeynesianismus hat die sozialen Lebensbedürfnisse nie als solche geltend gemacht, sondern nur unter Verweis auf den Beitrag zur gelingenden Kapitalverwertung und Binnenkonjunktur. Wer sich bedingungslos auf den Kapitalismus einlässt, kommt in der Krise darin um. Das Argument der „Finanzierbarkeit“, die man vorrechnen soll, war schon bisher nichts als ein Instrument der Disziplinierung. In der staatskapitalistischen Inflationierung führt es sich ad absurdum. Perspektivisch geht nichts mehr ohne ein neues Programm für die Überwindung des Kapitalismus. Als Gegenwehr steht nicht der Ruf nach kapitalkonformen staatlichen Konjunkturprogrammen auf der Tagesordnung, die sowieso gegenstandslos werden, sondern eine soziale Bewegung für die Erhöhung der Masseneinkommen, den gesetzlichen Mindestlohn und die Liquidierung der Agenda 2010, die sich nicht mehr auf das Funktionieren herrschenden Produktionsweise vergat- tern lässt. ■